

## **Goethe und die EU oder: Warum der alte Hexenmeister sich vor Prometheus fürchtet**

"EU-Förderung für Engagement und Partizipation in Europa" hieß eine Veranstaltung, die am 12. November in Berlin stattfand und mehr als 200 TeilnehmerInnen anlockte. Gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hatte die Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zu der Fachveranstaltung eingeladen. Ziel war es, herauszufinden, ob und in welchem Maße europäische Förderprogramme geeignet sind, die (gefühlte oder tatsächliche) Distanz der Menschen zur EU zu verringern. Eine im europäischen Jahr der „Bürgerinnen und Bürger“ – so das europäische Motto des Jahres 2013 - ausgesprochen aktuelle und komplexe Fragestellung, an die allerdings in den fünf Stunden Dauer der Veranstaltung doch kaum mehr als eine Näherung gelang.

Tragen Förderprogramme wie „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, GRUNDTVIG oder JUGEND IN AKTION dazu bei, dass die EU besser beim Bürger ankommt? Allein die sperrige Formulierung der Frage lässt erahnen, wie schwer fassbar und gleichzeitig breit angelegt das Problem ist. Die Europäische Union, oft unter Verwendung eines abschätzigen Untertons mit „Brüssel“ gleichgesetzt, wird allgemein als abstrakt, weit weg und wenig verständlich empfunden. Dabei wird leicht übersehen, dass die eigentlichen Gesetzesmacher in Europa die nationalen Staats- und Regierungschefs sind, die im Ministerrat ihre Zustimmung geben. Was offensichtlich fehlt, ist eine kommunikative Zwischenebene, um die Notwendigkeit, Willensbildung und Entscheidungsfindung in Europa als auch nationales Anliegen erklärbar zu machen.

Dafür wäre es allerdings höchste Zeit. Denn Europa befindet sich – einmal wieder – in der Krise. Das allein löst kaum mehr Nervosität aus, schon häufig hat es Krisen gegeben und irgendwie ist es in der Vergangenheit auch immer gelungen, dadurch

Häutungsprozesse in Gang zu setzen, aus denen Europa ein wenig größer und stärker hervorging. Ob es dieses Mal auch so sein wird, ist zweifelhaft. Denn nach der Finanzkrise der letzten fünf Jahre ist massiv Vertrauen in Politik und Wirtschaft verloren gegangen. Gerade die EU wird zunehmend einseitig als Belastung empfunden, die in die individuelle und nationale Freiheit eingreift. Dass unser Wohlstand, der Frieden und die Freiheit maßgeblich durch die EU gesichert werden, fällt dabei unter den Tisch. Dazu tragen auch falsch gesetzte politische Prioritäten und kommunikative Pannen bei, etwa, wenn es um Glühbirnen, Speiseölkännchen im Restaurant oder Plastiktragetaschen geht. Erst Vorgänge wie die aktuelle politische Entwicklung in der Ukraine zeugen von der Anziehungskraft, die Europa für Außenstehende noch entwickeln kann.

Vor dem Hintergrund des Geschilderten bekommen europäische Förderprogramme für Engagement und Partizipation ein deutliches Profil: Die Verbreitung und Befruchtung der europäischen Idee unter den europäischen Bürgerinnen und Bürgern und die Schaffung einer Zivilgesellschaft mit europäischer Identität. Ist das denn Anspruch oder Wirklichkeit? Vielleicht beides. Die vielen tausend europäischen Initiativen, die seit Jahren durch die Förderprogramme aktiv sind, stellen ein Stück gelebtes Europa dar, sie begeistern und werden begeistert, bauen Europa weiter und kreieren bei ihren Teilnehmern durch Transnationalität europäische Identität (siehe hierzu auch den folgenden Gastbeitrag von Christine Wingert zum Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger). Die Erfahrungen, die dabei gemacht werden, sollten und könnten genutzt werden.

Über den Konjunktiv kommt die Realität zumeist jedoch nicht hinaus. Ein Verfahren zur Kommunikation mit ihren Bürgern existiert nur rudimentär als „strukturierter Dialog“ – in unterschiedlich schwachen Formen und nur bei manchen Programmen. Das ist bedauerlich, könnte es doch als mangelndes Interesse an einer Bürgernähe (miss)verstanden werden. Die Partizipation bleibt damit unvollständig, die Erfahrungen aus bestehenden Programmen werden nicht oder unzureichend verwertet, das Potenzial wird nicht genutzt. Damit setzt sich leider fort, was meist auch auf nationaler Ebene oder darunter zu konstatieren ist: Eine seltsame Ideen-

und Konzeptlosigkeit der Politik, was die Bereiche Engagement und Partizipation angeht.

Dabei ist das Feld sehr weit. Freiwillige Tätigkeiten und ehrenamtliches Engagement im sozialen und kulturellen Bereich sowie im Sport sind ein Vitalitätsbeweis einer Gesellschaft, auf den nicht verzichtet werden kann und darf. Im Kontext der hier zugrunde liegenden Veranstaltung ging es mehr um Engagement und politische Partizipation im weiteren Sinne und mit Bezug auf Europa. Trotzdem ist das Eine nur schwer vom Anderen zu trennen. Auch, weil am Ende alles an einer Bedingung hängt: Politische Partizipation (und jede Art von Engagement) ist abhängig vom individuellen Bildungsgrad – und damit von der sozialen Situation des oder der Einzelnen. In diesem Sinne sind Engagement und Partizipation vielleicht sogar zwei Seiten einer Medaille: Wer sich engagiert, wird eher politisch partizipieren wollen. Und sollte es auch können, nur dann versickern gemachte Erfahrungen nicht einfach nutzlos.

So oder so: Die Berührungspunkte zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern reduzieren sich in der überwiegenden Anzahl von Fällen auf symbolische Gesten – nichts gegen Blumensträuße – und eher hölzerne Anerkennungsfloskeln bzw. -verfahren, deren Inhaltsleere doch wenig akzeptabel ist. Diese Diagnose mag seltsam anmuten, spielt doch die politische Aufwertung einer engagierten Bürgerschaft einer austeritätsorientierten Politik eigentlich in die Hände: Ob beim ehrenamtlichen Engagement in der Kultur, dem Gesundheits- oder Sozialbereich oder im Sport – oder im Bereich politischen Engagements bzw. politischer Partizipation irgendwo zwischen Kommune und der EU. Ohne funktionierende Zivilgesellschaft sind politische Lösungen heute nicht mehr denkbar. Gefragt ist in allen Bereichen daher Qualifizierung und damit vor allem thematische und politische Weiterbildung für Engagierte, also die Integration von Engagierten in das Aus- und Weiterbildungssystem. Und zweitens muss am Ende der Kette die Möglichkeit echter Partizipation stehen: Rücklaufschleifen für Erfahrungen, Feedback-Kanäle und ein Verfahren zur Weiterverarbeitung der Eingaben. Das wäre ein kohärentes Konzept. Damit könnten wir der Idee einer Bürgergesellschaft ein deutliches Stück näher kommen.

Auf der Suche nach den Gründen für die Berührungsängste in diesem Feld kann Johann Wolfgang von Goethe vielleicht weiterhelfen. Im „Zauberlehrling“ begibt sich der alte Hexenmeister aus dem Haus, der Lehrling – erglühend ob soviel Freiheit und begierig, sein Wissen zu testen - macht sich ans Werk und zaubert, was das Zeug hält. Die magische Rückfahrkarte hat er allerdings nicht parat, eimerweise läuft das Wasser und nur durch den zurückkehrenden Meister kann die Überflutungskatastrophe abgewendet werden. Abstrahiert könnte man sagen, hier regiert die Skepsis gegenüber zu viel Autonomie, die Ordnung kann nur durch die konservative Rückbesinnung auf die alte Autorität wiederhergestellt und gesichert werden. In seinem Gedicht „Prometheus“ dagegen war der Protagonist erfolgreicher: er hat die alte Ordnung überwunden und die Götter kurzerhand entthront – nicht ohne selbst der Hybris zu verfallen. Was das Ganze mit unserem Thema zu tun hat?

Man könnte den Eindruck gewinnen, die Politik sieht sich selbst in der Rolle des Hexenmeisters, der - frei interpretiert – Angst hat, aus seinem Schüler einen Prometheus zu machen, der sich gegen den/die Alten auflehnt. Ganz egal, auf welcher politischen Ebene man sich befindet, der Grad zwischen Reden und Handeln in diesem Bereich ist gewaltig. So auch im Falle von „Europa für Bürgerinnen und Bürger“: Trotz eines breiten europäischen Interesses, qualitativ guter Projekte und programmatischem Erfolg wird das Programm ab 2014 in einer Dimension zurückgefahren, die man als schmerzlich bezeichnen muss – im Ergebnis minus 14 Prozent im Vergleich zum Programm 2007 bis 2013. Insgesamt steht für den Zeitraum von 2014 bis 2020 nur noch ein Betrag von 26,5 Mio. Euro jährlich für 28 (!) Länder zur Verfügung. Muss man Angst vor einer allzu engagierten Bürgerschaft haben?

Politik und Bürger müssen (beide) lernen, ein neues Verhältnis zueinander zu entwickeln. Der Staat braucht funktionierende und Anreiz bietende Engagement- und Partizipationsstrukturen, gerade in Zeiten knapper werdender Kassen. Der Bürger bzw. die Bürgerin muss im Gegenzug die Komplexitäten politischen Denkens verstehen und akzeptieren lernen und mehr noch als bisher den Blick für das große Ganze nicht verlieren. Kommt es auf Basis dieser Bedingungen zu einer echten Partnerschaft, muss ein durch und durch echter strukturierter Dialog zwischen der

EU und den Bürgern Realität werden. Am Ende werden beide Seiten davon profitieren. Der neue Art. 11 EUV ist ein Anfang dazu. Doch sind die Hürden auch für seine Nutzung noch sehr groß.

Aus dem Publikum wurde übrigens die Frage gestellt, wie denn die Kürzung des künftigen Budgets des Bürgerschaftsprogramms zu vereinbaren sei mit der offensichtlichen (und vielfach beschworenen) Notwendigkeit, den Bürgern und Bürgerinnen eine konstruktive Auseinandersetzung mit Europa zu ermöglichen. Sie wurde leider nicht beantwortet.

**Marc Grandmontagne** ist Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft. Er war davor Programmleiter Bildung bei der Stiftung Mercator in Essen und von 2007-2010 Leiter des Büros der Geschäftsführung der RUHR.2010 - Kulturhauptstadt Europas GmbH. Der studierte Volljurist und Politologe ist zudem ehrenamtlich engagiert und ist stellvertretender Vorsitzender und Pressesprecher der Kulturloge Ruhr.

**Kontakt:** [grandmontagne@kupoge.de](mailto:grandmontagne@kupoge.de)